

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Simone Huth-Haage und Marion Schneid (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

### Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 2116** vom 23. Januar 2014 hat folgenden Wortlaut:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung, dass Grundschulen generell von der Landesförderung der Schulsozialarbeit ausgeschlossen bleiben, obwohl in den vergangenen zwei Jahren sehr gute Erfahrungen gesammelt werden konnten?
2. Verfügen alle Realschulen plus und Gesamtschulen des Landes über Schulsozialarbeit?
3. Wie viele Schulen wurden seit 2011 zusätzlich in die Landesförderung zur Schulsozialarbeit aufgenommen?
4. Wie begründet die Landesregierung ihr zurückhaltendes Handeln bei der Schulsozialarbeit angesichts des rheinland-pfälzischen Koalitionsvertrags, in dem es heißt, dass die Schulsozialarbeit ausgebaut werden soll (S. 10)?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 13. Februar 2014 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1 und 4:

Die Landesregierung schätzt die Schulsozialarbeit an den unterschiedlichen Schularten als einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Kinder und Jugendlichen, der die jungen Menschen in ihrer individuellen Lebenssituation und ihrer komplexen Lebenswelt in den Blick nimmt.

Die Landesregierung unterstützt die Kommunen in ihrer Aufgabe als örtlicher Träger der Jugendhilfe ab 2014 mit rund 5,1 Mio. Euro pro Jahr und somit mit einem Plus gegenüber 2013 von rund 2,6 Mio. Euro. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, dass die Stellen der Schulsozialarbeit, die schon 2011 vom Jugendministerium gefördert wurden, ihre Arbeit kontinuierlich fortführen können. Eine Kompensation der weggefallenen Bundesmittel ist für die Landesregierung vor dem Hintergrund der Schuldenbremse nicht leistbar.

Die Modalitäten der Landesförderung der Schulsozialarbeit haben sich aus den Modellprojekten 1995/1996 entwickelt, die damals für Hauptschulen mit dem Hinweis auf den vordringlichen Unterstützungsbedarf beantragt wurden. Aufbauend auf den guten Erfahrungen der Modellprojekte wurde ab 2006 für alle damaligen Hauptschulen eine Landesförderung für Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt. Der Förderung liegen „Standards der Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen, die den Abschluss der Berufsreife anbieten“ zugrunde. Der systematischen Ausweitung der Landesförderung auf den Bereich der Grundschulen ist durch den Landeshaushalt eine Grenze gesetzt.

Der Ausbau der Schulsozialarbeit zusätzlich an Grundschulen konnte mancherorts durch Bundesmittel im Zuge des Bildungs- und Teilhabepakets von 2011 bis 2013 vorangetrieben werden. Somit galt es für das Land, einerseits die Förderung an den Schulen, die zur Berufsreife führen, kontinuierlich fortsetzen zu können und sich andererseits für den Erhalt von Bundesmitteln einzusetzen.

Hierzu gab es zahlreiche Initiativen: Bereits im November 2012 hat sich die Landesregierung auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz für die Weiterförderung der Schulsozialarbeit durch den Bund eingesetzt. Im Mai 2013 hat die Landesregierung zusammen mit Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein einen Gesetzesantrag zur Weiterfinanzierung für Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horten in den Bundesrat eingebracht. Auf Initiative der Landesregierung wurde im Juni 2013 auf der Konferenz der Jugendministerinnen und Jugendminister ein Antrag zur Weiterfinan-

b. w.

zierung der Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horten eingebracht.

Zu Frage 2:

Mit Stand 31. Dezember 2013 fördert das Land die Schulsozialarbeit als kommunale Aufgabe an 163 der 201 Realschulen plus und an 48 der 55 Integrierten Gesamtschulen. Darüber hinaus können keine weiteren Aussagen getroffen werden, inwieweit an den Schulen, die nicht über landesgeförderte Stellen verfügen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter eingesetzt sind oder ob Schulen in sonstiger Weise Angebote der Sozialarbeit anbieten.

Zu Frage 3:

Seit 2011 wurde bis zum 31. Dezember 2013 an insgesamt 40 Schulen Schulsozialarbeit zusätzlich gefördert. Im Einzelnen bedeutet dies: Insgesamt 18 Schulen, an denen bisher keine landesgeförderten Stellen der Schulsozialarbeit eingerichtet waren, wurden 9,00 Personalstellen neu in die Landesförderung aufgenommen. Daneben wurde im gleichen Zeitraum an insgesamt 22 Schulen, an denen es bereits landesgefördert Stellen gab, eine Erweiterung der Landesförderung um 8,25 Personalstellen vorgenommen.

Von 64 öffentlichen berufsbildenden Schulen sind 60 mit Schulsozialarbeit versorgt. Seit 2011 wurden keine zusätzlichen berufsbildenden Schulen in die Landesförderung aufgenommen – allerdings wurden Stellenanteile ausgebaut.

Irene Alt  
Staatsministerin